

An den Rat

der Stadt Schloß Holte- Stukenbrock

Herrn Bürgermeister Erichlandwehr

Rathausstr. 2

33758 Schloß Holte- Stukenbrock

14.03.13

**Betr.: Resolution zur Wasserversorgung**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Schloss Holte-Stukenbrock bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Der Rat der Stadt SHS spricht sich nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung zu liberalisieren und dadurch Kommunen zu zwingen, ihre Wasserversorgung europaweit auszuschreiben. Die Wasserversorgung ist ein Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und darf nicht den europäischen Wettbewerbsregeln unterworfen werden.

Wir fordern die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.

**Begründung**

Eine funktionierende Wasserversorgung muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentlicher Hand ist das auch dauerhaft möglich. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasserwirtschaft geht vor Marktinteressen.

Die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung für die Vergabe von Versorgungsdienstleistungen führt zwar nicht direkt zu einer Privatisierung. Aber ähnlich wie auf dem liberalisierten Energiemarkt entscheiden die Verbraucherinnen und Verbraucher, von welchem Anbieter sie das Wasser beziehen wollen. Um diese Bedingung im Bereich der Wasserversorgung zu erfüllen, wäre also wie beim Strom die Trennung der Sparten notwendig. Das würde bei (zukünftigen) Stadtwerken einen höheren Verwaltungsaufwand bedeuten, teilweise Doppelstrukturen schaffen. und deren Kostenstruktur gefährden. Langfristig führt eine Liberalisierung zur Qualitätsminderung und Preissteigerung

Mit freundlichen Grüßen Bruno Reinke